



PRESSEMITTEILUNG

EIN NEUER BERICHT FORDERT DEMOKRATISCHERE LANDWIRTSCHAFTS- UND ERNÄHRUNGSSYSTEME

Veröffentlichung des «Right to Food and Nutrition Watch» 2014 und eine Veranstaltung an der Universität Zürich

Zürich/Genf/Rom, 9. Oktober 2014 – Ernährungssicherheit und Menschenrechte bleiben massiv bedroht durch die Konzentration von Landeigentum, die Vormacht der Wirtschaft in Landwirtschaft und Ernährung und die Inkohärenz vieler Politikbereiche mit dem Recht auf Nahrung, berichtet der *Right to Food and Nutrition Watch 2014*, gestern offiziell im Beisein der neuen UN-Sonderberichterstatterin für das Recht auf Nahrung, Dr. Hilal Elver, am FAO-Hauptsitz in Rom veröffentlicht.

«Auch wenn wir die während des letzten Jahrzehnts erzielten Fortschritte feiern, ist es wichtig im Kopf zu behalten, dass wir noch härter arbeiten müssen, um das Recht auf Nahrung zu verwirklichen, sodass Hunger und Mangelernährung die Menschheit nicht mehr länger heimsuchen», warnte Dr. Hilal Elver anlässlich des zehnjährigen Bestehens der Freiwilligen Leitlinien zur schrittweisen Verwirklichung des Rechtes auf angemessene Nahrung (*Right to Food Guidelines*).

Der *Watch 2014* diskutiert unter dem Titel *Ten Years of the Right to Food Guidelines: Gains, Concerns and Struggles* die entscheidenden politischen Prozesse und hebt die zunehmende Einflussnahme von Unternehmen auf die internationale Regulierung der Ernährungssysteme als wachsende Herausforderung im globalen Einsatz für das Recht auf Nahrung hervor.

Auf der einen Seite hat die zunehmende Macht multinationaler Lebensmittelkonzerne über das Essen auf dem Teller der KonsumentInnen zu einem höheren Konsum von ungesunden hochverarbeiteten Lebensmitteln geführt, was zu Fettleibigkeit und Mangelernährung sowohl in Entwicklungs- als auch in Industrieändern beiträgt. Zwischen 40 und 50 % der erwachsenen Bevölkerung in Belgien und Kolumbien sind übergewichtig, berichtet der *Watch 2014*.

Auf der andern Seite übernehmen Agrobusiness- und Finanzinvestoren die Kontrolle über die natürlichen Ressourcen und untergraben die Rechte und die Ernährungssouveränität der lokalen Bevölkerung und der kleinbäuerlichen Nahrungsmittelproduzenten. Solche Praktiken werden von Regierungen im Namen der «Entwicklung» gefördert und geduldet. Schätzungsweise eine Million Hektaren Land eigneten sich Unternehmen in Mali in den letzten Jahren an, was den bäuerlichen Gemeinschaften die Lebensgrundlage entzogen hat. Die Ausdehnung des Bergbaus in Schweden mit seinen Auswirkungen auf die bäuerliche sowie die indigene Saami-Bevölkerung illustriert, dass Land Grabbing ein weltweites Phänomen ist.

Der *Watch* ruft die Regierungen dazu auf, mit politischem Willen die Ungleichheiten in den Ernährungssystemen anzugehen und das Recht auf Nahrung zum Leitkriterium einer kohärenten Landwirtschafts-, Ernährungs-, Energie- und Handelspolitik zu machen.

Demokratische Institutionen und Mechanismen, welche die vom Hunger am meisten Betroffenen in die Politikformulierung einbeziehen, gehören zu den Zielen der weltweit entstehenden sozialen Bewegungen und ihres Widerstands – von Guatemala über Norwegen bis Indien, wie der *Watch 2014* aufzeigt.

Wie Olivier De Schutter, der frühere UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung betont, «gibt es gewichtige Akteure, die in der Lage sind, Veränderungen aufgrund ihrer dominanten Stellung abzublocken, die sie in Wirtschaft und Politik erreicht haben. Deshalb ist die Demokratisierung der Landwirtschafts- und Ernährungssysteme der Schlüssel für mehr Nachhaltigkeit und Rechenschaftlichkeit dieser Systeme.»

Verschiedene Beiträge des *Watch 2014* zeigen auf, dass mit der Globalisierung verschiedener Probleme die Leitlinien für das Recht auf Nahrung auch für die Länder des Nordens aktuell und wichtig werden: Im Hinblick auf zunehmendes Land Grabbing und Landkonzentration mit Rückgang bäuerlicher Familienbetriebe, Industrialisierung der Landwirtschaft – insbesondere auch für den Anbau von Energie-Kulturen – mit Schäden für die Umwelt, Patentierung von Pflanzensorten und industriefreundliche Saatgut-Regulierung, ungesunde Ernährung aufgrund von Verarmung, aggressiver Werbung der Lebensmittelindustrie und mangelnder Ernährungsbildung.

Für die schweizerische Politik zeigen die Leitlinien insbesondere auf, in welche Richtungen die Schweiz im Interesse des Rechts auf Nahrung in internationalen Gremien hinarbeiten und welche Positionen sie vertreten soll. Dies sind u.a. die Unterstützung der mittelständischen und kleingewerblichen Landwirtschaft, Fischerei und Waldwirtschaft; die Förderung kleiner lokaler und regionaler Märkte; die Verbesserung und den Schutz des Zugangs zu Ressourcen wie Land, Wasser, Saatgut, Fischgründen, Wald, angepasster Technologie und Finanzmitteln; die Fokussierung auf gefährdete Gruppen wie Arme, Frauen, indigene Gemeinschaften und Nomaden; die Fokussierung auf die Grundnahrungsmittelproduktion; die Schaffung und der Schutz angemessener Arbeitsbedingungen und Entlohnung für ArbeitnehmerInnen auf dem Land und in den Städten; der Schutz der Ökosysteme und der Nachhaltigkeit sowie die Förderung der Dienstleistungen für die kleinbäuerliche Landwirtschaft.

Der *Right to Food and Nutrition Watch* wird von FIAN International und zahlreichen weiteren Organisationen herausgegeben. Zur aktuellen Ausgabe, zu den FAO-Leitlinien für das Recht auf Nahrung, zur Beteiligung von Schweizer Banken am Land Grabbing und zur Unterstützung des Rechts auf Nahrung im Globalen Süden durch die offizielle Schweiz organisiert FIAN Schweiz eine Abendveranstaltung an der Universität Zürich. Sie findet statt am Freitag, 31. Oktober 2014, 18:30 Uhr im Hörsaal KOL-F-118 im Hauptgebäude mit Beteiligung von Brot für alle, der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit des Bundes und des Kompetenzzentrums Menschenrechte der Universität Zürich.

Kontakte:

Alejandra Morena, *Coordinator - Right to Food and Nutrition Watch*; Tel. +49 (0) 6221 65300 55; E-mail: morena@fian.org

Michael Nanz, Co-Präsident FIAN Schweiz, Tel. 076 420 85 04; E-Mail michael.nanz@fian-ch.org

- ▶ ein Exemplar des [Watch 2014 herunterladen](#)
- ▶ ein gedrucktes Exemplar des Watch beziehen: bei michael.nanz@fian-ch.org
- ▶ zur [Website des Watch](#)
- ▶ zum [Flyer](#) und zu [mehr Informationen](#) zur Veranstaltung «Das Recht auf Nahrung, Land Grabbing und die Schweiz» am 31. Oktober
- ▶ mehr zu den Leitlinien für das Recht auf Nahrung: auf der [Themenseite von FIAN Schweiz](#)

Der *Right to Food and Nutrition Watch* ist das wichtigste Instrument für Beobachtung und Berichterstattung des *Global Network for the Right to Food and Nutrition*. Er wird herausgegeben von Brot für die Welt (Deutschland), FIAN International und Interchurch Organization for Development Cooperation (ICCO Cooperation) in Partnerschaft mit African Network on the Right to Food (ANoRF/RAPDA), Centro Internazionale Crocevia, DanChurchAid (DCA), Ecumenical Advocacy Alliance (EAA), Habitat International Coalition (HIC), International Baby Food Action Network (IBFAN), International Indian Treaty Council (IITC), Observatory of ESCR (Economic, Social and Cultural Rights), Pakistan Fisherfolk Forum (PFF), People's Health Movement (PHM), Plataforma Interamericana de Derechos Humanos, Democracia y Desarrollo (PIDHDD), REDSAN-CPLP, Terra Nuova, US Food Sovereignty Alliance (USFSA), World Alliance for Breastfeeding Action (WABA), World Alliance of Mobile and Indigenous Peoples (WAMIP) und World Organisation Against Torture (OMCT).